

# Antragsbuch



**jungliberale  
aktion**  
Sachsen

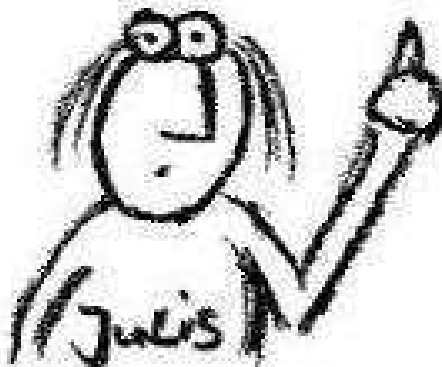
*Rechenschaftsberichte, Erklärungen und Anträge*

## **78. Landeskongress**

11. - 12. Oktober 2025  
pentagon3 – Chemnitz

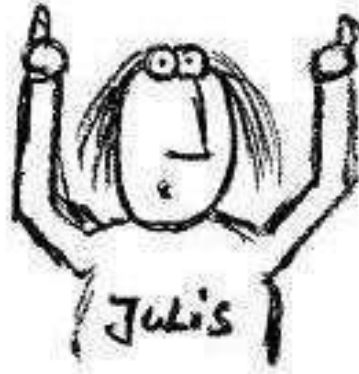
# Organisatorische Hinweise zum Landeskongress

1. Die Anträge findet ihr alle auch in OpenSlides, wo ihr sie während des Kongresses einsehen könnt. Wir werden keine gedruckten Antragsbücher vor Ort haben.
2. Dringlichkeitsanträge können bis zum Beginn des Kongresses gestellt werden und benötigen die Unterstützung von einem Kreisverband oder 10 Mitgliedern. Der Kongress muss jedoch vorab über die Dringlichkeit befinden (merke: das versäumen der Antragsfrist begründet noch keine Dringlichkeit!) Nur Sachanträge können dringlich sein.
3. Antragsberatung  
Anträge werden grundsätzlich in drei sogenannten Lesungen beraten – die Reihenfolge der zu beratenden Anträge legt Ihr im sog. Alex-Müller-Verfahren selbst fest:
  1. Lesung – hier findet eine Generaldebatte über den Antrag statt.
  2. Lesung – hier werden die eingereichten Änderungsanträge für jede Antragspassage der Reihenfolge nach (bezogen auf den Text des Ursprungsantrags) beraten und ggf. beschlossen.
  3. Lesung – hier findet die Endabstimmung über den ggf. durch Änderungsanträge geänderten Gesamtantrag statt.
4. Änderungsanträge  
Zu allen Anträgen könnt ihr Änderungen, Streichungen oder Ersetzungen schriftlich formulieren. Bitte benutzt hierzu OpenSlides oder reicht diesen beim Präsidium ein.
5. Teilnahme am Kongress (Richtiges Melden - @Julis Thüringen):
  - a. Wortmeldung  
Du möchtest dich zu einem Antrag zu Wort melden? Bitte melde dich mit einem Arm und achte darauf, dass das Präsidium Dich auch bemerkt:



**b. Geschäftsordnungsantrag**

Ein sog. GO-Antrag beschäftigt sich mit dem Ablauf des Kongresses und ist nach Möglichkeit sofort aufzurufen. Denkbar sind Anträge auf: Redezeitbegrenzung, Sofortige Abstimmung, Schluss der Rednerliste, Übergang in die 3.Lesung etc. - hierfür melde dich bitte mit beiden Armen! Wird ein GO-Antrag nicht (formal) widersprochen gilt er als angenommen!



**c. Zwischenfrage**

Willst du einem Redner eine Zwischenfrage (und zwar nur eine Frage) stellen, stehe bitte auf und führe deine Arme über deinem Kopf wie ein Dach zusammen. Das Präsidium wird den Redner bei Gelegenheit unterbrechen und fragen, ob er eine Zwischenfrage zulässt. Der Redner muss eine Zwischenfrage allerdings nicht zulassen!



Lieber JuliAnerinnen und JuliAner,

wieder ist ein Jahr vorbei, wieder gibt es einen kurzen Bericht.

Gestartet sind wir mit einer Exkursion nach Breslau/Polen, welche ich gemeinsam mit Laurenz organisiert habe. Damit setzen wir unsere „Tradition“ fort und konnten in einen spannenden Austausch mit der polnischen Nowoczesna treten.

Zum Jahresende 2024 scheiterte die Ampelkoalition und die Neuwahlen waren absehbar. Mit unserem Kandidat Philipp hatten wir zunächst eine gute Ausgangslage, da er auf Listenplatz 2 gewählt wurde. Leider zeichnete sich bereits im Wahlkampf ab, dass 3 Jahre in der Ampelkoalition von den Wählerinnen und Wählern abgestraft werden würden. Am Tag der Wahl wurde dann das Schreckensszenario wahr: die FDP fliegt für 4 Jahre aus dem Bundestag raus. Für uns in Sachsen besonders bitter, denn somit sind wir auf nahezu jeder Ebene außerparlamentarische Opposition bzw. können Fraktionen in Kommunalparlamenten nur mithilfe anderer Parteien bilden.

Angesichts dieser Ausgangslage wird es in den nächsten Jahren umso schwieriger, dass eine liberale Partei weiterhin eine Bedeutung in der deutschen Demokratie hat. Wir als Julis müssen hierbei mutig vorangehen und gern auch die FDP ein bisschen voran schubsen, wenn es an der ein oder anderen Stelle etwas stockt. Derzeit ist das vor allem im Bundesverband eine der künftigen Aufgaben.

Beim Landesparteitag im April konnten ich und viele JuliA-Kandidaten den Landesvorstand der FDP Sachsen verstärken. Nun müssen wir dadurch auch zahlreiche Doppelfunktionen einnehmen und mit Input die Parteiarbeit unterstützen. Auf Drängen der JuliA gibt es jetzt erneut Regionalkonferenzen, um mit den Mitgliedern ins Gespräch zu kommen und Visionen für die nächsten Jahre der FDP Sachsen zu entwickeln. Gleiches hielten wir für wichtig in Bezug auf den Landesparteitag, den wir auch weiterhin zwei Mal im Jahr stattfinden lassen wollen. Ja, unserer Parteikasse geht es gerade nicht gut, aber Mitgliederbeteiligung und Debattenkultur müssen trotzdem erhalten bleiben. Beim nächsten Landesparteitag ist dies umso wichtiger, da wir uns inhaltlich mit den Parteireformen und Umstrukturierungen im Landesvorstand bzw. in der Satzung beschäftigen werden.

Dass die Sparmaßnahmen innerhalb der FDP nicht immer konsensfähig sind, wurde vor allem in der Debatte um die Streichung der Jugendförderung an die JuliA deutlich. Wir sehen uns ebenso in der Pflicht für Konsolidierungsmaßnahmen gemeinsam mit der FDP. Eine Diskussion um eine komplette Streichung der Jugendförderung ist aus unserer Sicht nicht zielführend und spaltet die liberale Familie. Ich bin allerdings weiterhin bereit, mich der Diskussion um Einsparpotentiale zu stellen.

Spannend wurde es zum Ende der Amtszeit noch einmal: Wir haben als Landesverband das erste Mal seit vielen Jahren mit Eddie wieder einen Kandidaten für den Bundesvorstand aufgestellt. Im Vorfeld des Bundeskongresses habe ich daher – gefühlt – Tag und Nacht mit vielen Landesverbänden und anderen Stakeholdern gesprochen, um Eddie in eine bestmögliche Ausgangslage zu bringen. Die zu Spitzenzeiten bis zu 12 Stunden Telefonate pro Woche haben sich gelohnt: Eddie konnte ohne Gegenkandidat mit einem fantastischen Ergebnis gewählt werden, sodass wir nach (ca.) 12 Jahren als JuliA Sachsen wieder im Bundesvorstand vertreten sind.

Auch in diesem Jahr lag mein Fokus hauptsächlich bei der Unterstützung in der Organisation. Egal ob RPJ-Veranstaltungen, Landeskongresse oder beim Sommerfest – oft hatte ich dort versucht bestmöglich zu unterstützen. Gleiches gilt auch für die Exkursion nach Wien, die ich

wieder gemeinsam mit Laurenz organisieren durfte. In diesem Jahr deutlich größer und umfassender als in den Jahren zuvor, das brachte neue Herausforderungen hervor. Aber das ist das Gute, wenn man etwas Neues ausprobiert: Für das nächste Mal kann man sich das ein oder andere Learning mitnehmen, so werden wir das für die kommende Exkursion handhaben. Festhalten kann man aber, dass in diesem Jahr unsere Exkursion einige Höhepunkte und spannende Gesprächspartner hatte, so z.B. den österreichischen Bundesbildungsminister Christoph Wiederkehr.

Abschließend bedanke ich mich beim Landesvorstand 2024/25 für die geleistete Arbeit im letzten Jahr und der Unterstützung und das Vertrauen, was mir entgegengebracht wurde – vielen, vielen Dank an euch!

Ich bin auch weiterhin immer zu erreichen, nicht nur für den Vorstand, sondern selbstverständlich für alle Mitglieder. Wenn ihr also Fragen, Anregungen oder Kritik habt, dann zögert nicht mir zu schreiben. Auch das kommende Amtsjahr wird genügend Arbeit und spannende Projekte mit sich bringen, ich freue mich diese gemeinsam mit euch anzugehen!

Auf einen schönen und konstruktiven Kongress,  
mit jungliberalen Grüßen

Euer  
Clemens

## **Rechenschaftsbericht Eddie Friedrich**

Stellvertretender Landesvorsitzender für Programmatik

Liebe JuliAnerinnen und liebe JuliAner,  
Liebe JuLis,

im Oktober 2024 habt ihr mir wieder euer Vertrauen ausgesprochen, euch als stellvertretender Landesvorsitzender zu vertreten und mich im Bereich der Programmatik für den Verband zu engagieren. Nachfolgend möchte ich euch kurz darüber Rechenschaft ablegen, was seitdem in meinem Verantwortungsbereich geschehen ist.

### **Programmatische Landesarbeit**

Neben der Einbringung und Vertretung unserer Beschlusslage habe ich auch an neuer gearbeitet. Konkret habe ich Leit- und Sachanträge erarbeitet, die von Migration und Schöffenrecht bis zur Staatsverschlinkung reichen. Gleichzeitig habe ich den Landesarbeitskreis Liberale Schüler betreut. Ein besonderer Dank gilt hierbei Rasmus, der den LAK Liberale Schüler geleitet hat und guten frischen Wind hereingebracht hat! Bei inhaltlichen Fragen habe ich zudem die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.

Eine Herausforderung stellte auch in diesem Amtsjahr die Abarbeitung des massiven Antragsstatus dar. Hierzu habe ich analog der Bundesebene den erweiterten Landesvorstand für programmatische Sitzungen wieder durchgeführt, wodurch wir jeden offenen Antrag behandeln konnten und dadurch viel Platz & Zeit für neue Ideen auf dem kommenden LaKo geschaffen wurde.

### **FDP**

Wir wissen und wir kennen es: Unsere Mutterpartei ist träger und weniger geil auf Reformen, wie wir das sind. Auf dem Landesparteitag im November 2024 nach der vernichtenden Landtagswahl haben wir deshalb viele Reformanträge zur Abstimmung gebracht. Programmatikersprech: Von Satzungs-, Geschäfts- bis Sachanträgen war alles dabei. Konkret: Von Tätigkeitsberichten für FDP-Landesvorstandsmitglieder ein verankertes Rederecht für alle Mitglieder bis zum elektronischen AMV. Es wurde vieles mit teilweise fadenscheinigen Argumenten abgelehnt, jedoch konnten wir zwei Sachanträge durchbringen, welche den Landesvorstand zu einer transparenteren Antragsbehandlung nach der Antragsverweisung verpflichten und mitunter zur Einrichtung einer AG Mitglieder im Landesvorstand geführt haben. Stolz bin ich vor allem darauf, dass wir ebenso eine Satzungsänderungsantrag durchbekommen haben, der den Landesparteitag auf 200 Delegierte, in Anbetracht der finanziellen Herausforderungen, verkleinert hat.

Entstanden ist die Idee der Reformvorschläge in einer Runde des LaVos am Wahlabend. Danach habe ich viele Ideen herausgearbeitet, welche später in einem Leit Antrag im Oktober gemünzt sind und letztendlich auf dem FDP-Landesparteitag gelandet sind. Und was macht die FDP heute: Einen Parteistruktur-Reformprozess nach dem Vorbild unserer Forderungen. Was ich euch damit sagen möchte: Lasst euch nicht damit abspeisen, dass etwas "schon immer so" gemacht wurde. Lasst es uns ändern.

## **JuLis Bund**

Auf Bundesebene haben wir uns bei der Erstellung des JuLi-Bundestagswahlprogramms eingebracht, welches aufgrund der überraschenden Neuwahlen in einer breiteren Konsens-Fassung im erweiterten Bundesvorstand gemündet ist. Da auf den Bundeskongressen mit Leitanträgen die Zeit für Anträge aus den Untergliederungen faktisch nicht vorhanden war, spielte sich der Großteil der Bundesarbeit im erweiterten Bundesvorstand ab, wo ich unseren Landesverband in vormals programmatischen Sitzungen vertreten habe. Hier konnte ich unsere vom BuKo verwiesenen Anträge z.B. zur Frühförderung durchsetzen und so zur Bundesbeschlusslage machen. Als das Waffenrecht in der Ampel verschärft wurde, konnte ich sogar erreichen, dass unser Waffrechtsantrag als Dringlichkeitsantrag beraten und letztendlich beschlossen wurde. Stolz bin ich darauf bis heute, da Dringlichkeitsanträge im eBuVo seltener als Forderungen zur Erbschaftssteuer-Entlastung von Lars Klingbeil sind.

Ein Dank geht an alle Mitglieder des Landesvorstandes und an die Kreisprogrammatiker für die gute Zusammenarbeit!

Ganz besonders möchte ich mich bei Arwed bedanken, der mich als Beisitzer tatkräftig unterstützt hat. Ich werde unsere gemeinsame Arbeit in einem JuLis-Vorstand sehr vermissen, auch wenn ich weiß, dass unsere Türen nicht so weit voneinander entfernt sind!

Auf dem nächsten Landeskongress kandidiere ich nämlich dieses Mal nicht mehr für den Landesvorstand. Die Zeit war eine unfassbare schöne und der größte Dank geht an alle Mitglieder, die mir immer wieder ihr Vertrauen für ein Engagement geschenkt haben!

Weg bin ich deshalb nicht, sondern darf mich jetzt seit kurzem im BuVo engagieren. Nach 12 Jahren wieder ein Sachse im BuVo ist eine enorme Verantwortung und Möglichkeit zugleich. Packen wir es an!

Das Herz ist und bleibt weiterhin in Sachsen: Wenn ihr Anliegen, Kritik und Vorschläge Richtung Bundesebene oder sonst irgendetwas habt, ruft mich weiterhin jederzeit gerne an!

Ich freue mich euch alle wieder in Chemnitz zu sehen :)

Liebe Grüße,

Euer Eddie

## Rechenschaftsbericht Sebastian Mitte

Stellvertretender Landesvorsitzender für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Im vergangenen Jahr durfte ich die Öffentlichkeitsarbeit unseres Verbandes gestalten und dabei einige Projekte umsetzen, über die hier Rechenschaft abgelegt werden soll. Der Schwerpunkt der Arbeit lag auf der Verbreitung unserer Inhalte und politischen Vorstellungen über Instagram. Dabei habe ich viel Zeit investiert und einen Großteil der insgesamt rund **200 Posts** des vergangenen Jahres gestaltet. Damit konnten wir rund **1,6 Mio. Aufrufe** (300.000 organisch) und effektiv 130 neue echte Follower erreichen.

### Bundestagswahlkampf

Auch wenn die Bundestagswahl schneller kam, als erwartet konnten wir eine kleine **Videoreihe** mit unserem Spitzenkandidaten **Philipp** umsetzen und so unseren Kandidaten und unsere Inhalte gemeinsam präsentieren. Daneben haben wir die Kampagne des Bundesverbandes auf Landesebene unterstützt.

### Petition Stoppt-die-Schulden

Nur weniger Tage nach der Bundestagswahl sind bei Merz und Co alle Hüllen gefallen und sie haben mit der Schulden-Orgie begonnen. Binnen **weniger Stunden** habe ich eine Petition für den Landesverband mitsamt einer zugehörigen Kampagne entworfen. **Zwei Wochen** lang haben wir bis zur finalen Abstimmung im Bundesrat mit **37 Beiträgen** (über 36.000 Aufrufe) unsere Position deutlich gemacht und konnten in kürzester Zeit rund 700 Personen überzeugen unsere Petition zu unterschreiben.

### Content-Formate

In der letzten Amtszeit haben wir mit verschiedenen Content-Formaten **experimentiert**, uns mit dem Bundesverband und anderen prominenten Gliederungen über Formate und die Wirkung ausgetauscht. Unter anderem hatten wir Formate mit mehr oder weniger Ernsthaftigkeit, KI-generierten Inhalten, Video oder Foto. Besonders bewährt haben sich dabei Posts zu aktuellen Themen mit **starken Slogans** und Inhalten sowie provokante **KI-generierte** Grafiken.

### Interne Kommunikation

In der internen Kommunikation zu Veranstaltungen und anderen Ereignissen haben wir besonders auf den **Telegram-Channel** gesetzt, da wir euch so schnell erreichen und informieren können. Der Newsletter ist dabei in den Hintergrund gerückt.

Die Mitglieder-**Debatten-Gruppe** musste zwar während des letzten Jahres einigen Debatten standhalten, hat mittlerweile sicherlich eine praktikable Lösung gefunden, um für alle eine Plattform zum Austausch zu bieten.

### IT

Ich habe mich um die **IT-Infrastruktur** unseres Verbandes gekümmert. Neben den Mailadressen, der Cloud des Landesvorstandes und dem technischen Background von OpenSlides zählt dazu auch die Weiterentwicklung des Mitgliederverwaltungssystems und des Tools zur Content-Planung, sowie das Anmeldetool und die Website. Außerdem stand ich mit dem Bundesverband in Kontakt zur Nutzung unseres Julia-O-Mat für die Befragung der Kandidaten für das Bundes-FDP-Präsidium. Auch der IT-Support für die Kreisverbände war mit mir immer wichtig.

## Weiteres

Den auf dem Landeskongress beschlossenen Zwang zur Nutzung von TikTok habe ich an meine Vorstandskollegen abgegeben, da ich weiterhin starke Vorbehalte gegen die Nutzung dieser Propaganda-Plattform habe und somit keine geeigneten Inhalte erstellen könnte.

Außerdem haben wir auf Vorstandsbeschluss einen Instagram-Account der Liberalen Schüler eröffnet, der unter meiner Verwaltung stand.

Bei der Arbeit habe ich stets versucht einen engen Kontakt mit den Verantwortlichen in den Kreisverbänden zu halten. Zudem konnte ich die Verbandskonferenz, sowie Presse-Treffen auf Bundes- und Landesebene und FNF-Veranstaltungen gut zur Weiterbildung und Vernetzung im Verband nutzen.

Liebe Julis,

meine Amtszeit als stellvertretender Landesvorsitzender für Organisation stand im Zeichen schwieriger politischer und finanzieller Rahmenbedingungen. Trotz dieser Situation ist es uns gelungen, die Handlungsfähigkeit des Verbandes zu sichern und zugleich wichtige Weichen für die Zukunft zu stellen. Einiges davon ist bereits umgesetzt, manches befindet sich noch im Prozess.

#### Allgemeines

Ein besonderer Schwerpunkt meiner Arbeit lag auf der Optimierung interner Abläufe. Vor allem die Antragstellung im Rahmen der Fördermittel musste neu geordnet werden. Damit soll dieser Prozess künftig reibungsloser funktionieren und uns Planungssicherheit verschaffen.

#### Bundestagswahlkampf

Im Bundestagswahlkampf habe ich regelmäßig an den wöchentlichen Wahlkampfrenden des Bundesverbands teilgenommen und dort die sächsische Perspektive eingebracht, um die Anliegen unseres Landesverbands sichtbar zu machen. Darüber hinaus haben wir Hochschul-Aktionstage in Freiberg und Mittweida organisiert. Diese fanden bewusst in Städten statt, die weniger durch die Kreisverbände abgedeckt werden konnten und dienten zugleich der gezielten Unterstützung unseres JuliA-Spitzenkandidaten Philipp Hartewig in seinem Wahlkreis.

#### Veranstaltungen

Neben dem ungeplant frühen Wahlkampf habe ich einige Veranstaltung für unseren Verband organisiert.

So haben wir einen thematischen Brunch mit General a.D. Armin Staigis zur Lage in der Ukraine durchgeführt sowie ein Seminar zur Meinungsfreiheit mit unserer Bundes-Ombudsperson Caroline Ommer organisiert.

Das traditionelle Sommerfest haben wir unter dem neuen Namen „Liberal Spritz“ neu aufgestellt und erfolgreich durchgeführt. Als besonderen Gast durften wir dabei MdL René Domke aus Mecklenburg-Vorpommern begrüßen.

Im Vorfeld der Wahl des neuen Bundesvorsitzenden der Jungen Liberalen habe ich zudem in Zusammenarbeit mit der JuliA Dresden einen großen Teil der Arbeit für das Kandidaten-Hearing der Ost-Verbände übernommen und so diesen wichtigen Meinungsaustausch unterstützt.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Planung unserer Exkursion nach Wien. Hier habe ich seit Beginn der Amtszeit eng mit Laurenz zusammengearbeitet. Dabei lag mein Fokus vor allem darauf, die Kritik vergangener Jahre aufzunehmen und die Exkursion im Sinne der Mitglieder zu verbessern. Besonders die frühzeitige Planung und Ankündigung haben dazu geführt, dass wir deutlich mehr Teilnehmer dafür gewinnen konnten.

Darüber hinaus habe ich auch die Organisation beider Landeskongresse geleitet.

#### Dank

Wenn ich in diesem Bericht häufiger in der Wir-Form schreibe und Personen oder Verbände explizit nenne, zeigt das vor allem eines: Wir haben es trotz der schwierigen Situation geschafft, uns als Team zusammenzurufen und gemeinsam für unsere Sache einzustehen. Dafür danke ich dem gesamten Vorstand und allen Mitgliedern - insbesondere dem Landesvorsitzenden, meinem Orga-Team sowie meinem heimischen Kreisverband Dresden.

## **Rechenschaftsbericht Thomas Gebhardt (Landesschatzmeister)**

Liebe JuliAner und JuliAnerinnen,  
liebe JuLis,

als Landesschatzmeister lege ich Rechenschaft über die Arbeit im Bereich der Finanzen und des Mitgliederwesens der Jungliberalen Aktion Sachsen ab. Ich möchte euch für das erneute Vertrauen, welches Ihr mir zum 76. Landeskongress in Dresden gegeben habt, vielmals bedanken.

### **Finanzen**

Diese Amtszeit beinhaltete wieder einen Wahlkampf, aufgrund des Ampel-Aus natürlich etwas eher als gedacht. Dies war aber aufgrund der Rücklagen, die der Landesverband hatte, kein Problem. Der Bundestagswahlkampf kostete uns rund 3.300 €. Ein Großteil floss in die Bewerbung der Posts auf Social-Media. Um einen gelungenen Wahlkampf vor Ort zu ermöglichen, ohne unsere jungliberalen Kandidaten finanziell zu überlasten, hat der Landeverband diese wie bereits zur Landtagswahl mit der Erstattung von Wahlkampfausgaben unterstützt.

Ich kann nach den mehreren Wahlkämpfen sagen, die Liquidität für den laufenden Geschäftsbetrieb des Landesverbands für die kommenden Jahre ist gegeben. Wir müssen an einigen Stellen kürzertreten und die Ausgaben minimieren. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wären wir zu Beginn 2029 nicht in dem Maße wie gewohnt wahlkampffähig. Die kommenden Jahre bis zum Superwahljahr 2029 werden im Bereich des Landesschatzmeisters sehr arbeitsintensiv.

### **Mitglieder**

Fördermitglieder unterstützen unsere politische Jugendarbeit, dafür danke ich im Namen der Jungliberalen Aktion Sachsen auch nochmal an dieser Stelle.

Nach dem Wahlabend des 23. Februar 2025 erreichten uns viele Neumitgliedsanträge und Interessenten, die sich nach dem Wahlergebnis gesagt haben: „Jetzt erst recht!“. Nur wenige traten infolge des Wahlergebnisses aus.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen drei Kreisschatzmeistern für die Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedanken. Ich würde gerne meine Arbeit im nächsten Landesvorstand fortsetzen.

Euer Thomas

Liebe Jungliberale,

im letzten Jahr durfte ich als Beisitzer in der Programmatik unseren Verband mitgestalten. Diese Aufgabe hat mir viel Freude bereitet.

Die Arbeit im Landesvorstand wurde allerdings von den Wahlen überschattet. Ich habe versucht, unser Wahlprogramm bestmöglich auf die Straße zu bringen. Leider war das Interesse der Bürger an spezifischen Fragestellungen meist gering. Wie euch allen wahrscheinlich auch, war ich nach drei oder vier nicht wirklich erfolgreichen Wahlen enttäuscht, traurig und auch ein wenig ratlos. Ich glaube jedoch, dass unsere Programmatik allgemein keine Hauptursache für den Absturz war – eher eine merkwürdige Themensetzung.

Nun gilt es, den im letzten Jahr angestoßenen Erneuerungsprozess der FDP Sachsen fortzusetzen und auch unsere eigene Arbeit kritisch zu hinterfragen.

Im vergangenen Jahr habe ich Eddie in seiner Arbeit in allen Belangen begleitet und unterstützt. Außerdem habe ich den Kontakt zu den Liberalen Senioren hergestellt und gepflegt, woraus bereits die Videos mit Helmut entstanden sind, aber auch sonst ein guter Gesprächsdraht entstanden ist.

Den LAK Programmatik habe ich geleitet und dabei mehrere digitale Diskussionen – sowohl mit Gästen als auch intern – ermöglicht. Darüber hinaus habe ich sämtliche technischen Aufgaben übernommen, wie z. B. die Arbeit mit OpenSlides oder das Pflegen unserer Beschlusssammlung.

Vielen Dank an alle Kollegen im Landesvorstand. Das letzte Jahr war sicher für uns alle herausfordernd.

Ich freue mich schon darauf, euch alle in Chemnitz zu sehen und allen Kritikern zu zeigen, dass der Liberalismus nicht tot ist.

Bis dahin und liebe Grüße  
Arwed

Betreff: Rechenschaftsbericht für den Beisitzer-Posten im Vorstand der Jungen Liberalen Aktion Sachsen - Bereich Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Liebe Julianerinnen und Julianer,

hiermit möchte ich euch meinen Rechenschaftsbericht für meine Tätigkeit als Beisitzer im Landesvorstand der Jungliberalen Aktion Sachsen vorlegen. Im vergangenen Jahr habe ich mich aktiv in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes eingebracht und dabei eng mit Sebastian Mitte zusammengearbeitet.

Zu meinen Schwerpunkten gehörten:

1. **Social Media:** Ich habe regelmäßig Posts erstellt und an der inhaltlichen sowie visuellen Gestaltung unserer Beiträge mitgewirkt.
2. **Videoproduktion:** Ich war an der Planung und Umsetzung von Videoprojekten beteiligt, habe Ideen eingebracht und bei den Dreharbeiten unterstützt.
3. **Kreative Mitarbeit:** Neben der operativen Arbeit habe ich aktiv neue Ideen entwickelt, um unsere Öffentlichkeitsarbeit abwechslungsreicher und moderner zu gestalten.
4. **Öffentliche Veranstaltungen:** Ich war bei zahlreichen Veranstaltungen vor Ort präsent und habe dort die Arbeit des Verbandes unterstützt.
5. **Teamarbeit:** All diese Aufgaben habe ich in enger Abstimmung mit Sebastian Mitte umgesetzt, sodass wir im Bereich Presse und Öffentlichkeitsarbeit als eingespieltes Team auftreten konnten.

Insgesamt freue ich mich, dass wir die Sichtbarkeit unseres Landesverbandes durch unsere gemeinsame Arbeit stärken konnten. Die Vorstandsarbeit war für mich bereichernd und motivierend, und ich danke euch allen für das Vertrauen und die Unterstützung.

Gerne stehe ich euch für Fragen zu meinem Bericht zur Verfügung und freue mich darauf, auch künftig Verantwortung im Landesvorstand zu übernehmen.

Viele Grüße,  
Tobias Hiltmann

Beisitzer im Vorstand der Jungen Liberalen Aktion Sachsen  
Bereich Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Liebe Julis,

ich möchte hiermit Rechenschaft über mein erstes Jahr als Beisitzerin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Landesvorstand ablegen und euch einen ausführlichen Einblick in meine Arbeit geben.

#### Auftakt und erste Schritte

Mein Start in diese Aufgabe begann mit einer Pressemitteilung zum vergangenen Landeskongress, in der wir die zentralen Ergebnisse und Debatten zusammenfassten. Ein besonderer Schwerpunkt war die Diskussion um den Rücktritt von Bijan Djir-Sarai. Die Mitteilung erhielt auf X (ehemals Twitter) erfreulich viel Aufmerksamkeit, was mich zusätzlich motivierte und mir direkt zeigte, wie groß die Reichweite und Wirkung unserer Pressearbeit sein kann.

#### Kontinuierliche Social-Media-Arbeit

Im Laufe des Jahres habe ich zahlreiche Posts und Reels erstellt, um unsere Mitglieder und die Öffentlichkeit über Veranstaltungen, aktuelle politische Entwicklungen und besondere Anlässe wie Feiertage zu informieren. Ein wichtiger Bestandteil war dabei der Ideenaustausch im Presseressort, bei dem wir regelmäßig neue Formate und Themen entwickelt haben.

Parallel dazu habe ich mich intensiv mit Videoschnittprogrammen auseinandergesetzt. So konnte ich meine Kenntnisse im Bereich Social Media und Content Creation deutlich erweitern und mir neue technische Fähigkeiten aneignen – von der Konzeption kurzer Clips bis hin zur Nachbearbeitung für verschiedene Plattformen.

#### Besondere Projekte und Zusammenarbeit

Ein Highlight war die Begleitung der Exkursion nach Breslau auf unseren Kanälen.

Besonders bereichernd war zudem die Kooperation mit den Liberalen Senioren, die ich gemeinsam mit Arwed gestalten durfte. Die enge Zusammenarbeit mit Helmut hat mir nicht nur großen Spaß gemacht, sondern auch wertvolle neue Perspektiven eröffnet. Gemeinsam haben wir mehrere Videos produziert, die frische, generationsübergreifende Blickwinkel in unsere Social-Media-Arbeit eingebracht haben.

Darüber hinaus habe ich mich an der Arbeit auf TikTok beteiligt. Diese Plattform bietet uns die Möglichkeit, jüngere Zielgruppen direkt anzusprechen und unsere liberalen Inhalte auf kreative und zeitgemäße Weise zu vermitteln.

#### Persönliche Bilanz und Ausblick

Das erste Jahr im Landesvorstand war für mich eine sehr lehrreiche und inspirierende Zeit. Ich konnte nicht nur meine technischen Fähigkeiten im Videoschnitt und in der Content-Strategie ausbauen, sondern auch viele neue Erfahrungen und Ideen sammeln.

Ich würde gerne meine erlernten Kenntnisse weiterhin einbringen, neue Ideen umzusetzen und gemeinsam mit euch unsere Öffentlichkeitsarbeit noch sichtbarer und kreativer gestalten. Vielen Dank für euer Vertrauen und die Zusammenarbeit!

Viele Grüße Helene Zill

Liebe Julis,

im vergangenen Jahr durfte ich im Landesvorstand als Beisitzer für den Bereich Organisation tätig sein. In dieser Funktion konnte ich in verschiedenen Bereichen Verantwortung übernehmen und unsere gemeinsame Arbeit tatkräftig unterstützen.

Zu meinen Aufgaben zählten insbesondere:

- die Unterstützung bei der Durchführung und Logistik von Veranstaltungen, etwa beim RPJ-Stammtisch in Chemnitz, beim Landeskongress sowie beim Sommerfest,
- die gemeinsame Organisation des Landeskongresses in Dresden zusammen mit Franz,
- die aktive Mitarbeit im Wahlkampf, wo ich insbesondere durch logistische Unterstützung beim Transport und bei der Plakatierung helfen konnte,
- Recherchearbeiten zur Vorbereitung von Veranstaltungen,
- die Planung und Koordination der gemeinsamen Fahrt zur Verbandskonferenz in Berlin sowie
- die Übernahme der Verantwortung für die Termindarstellung auf der Website in der zweiten Hälfte meiner Amtszeit.

Mit dem Beginn meines Studiums in München werde ich mich nicht erneut zur Wahl stellen, da ich die Aufgaben im Bereich Organisation nicht mehr in der gewohnten Verlässlichkeit fortführen könnte. Mein besonderer Dank gilt Franz und Laurenz, mit denen ich im Orgabereich eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten durfte, ebenso wie den übrigen Mitgliedern des Landesvorstandes, mit denen die Zusammenarbeit stets angenehm und kollegial war.

Abschließend möchte ich mich herzlich für die schöne Zeit, das Vertrauen und die großartige Zusammenarbeit bedanken. Die Tätigkeit im Landesvorstand war für mich mit vielen wertvollen Erfahrungen und persönlichen Learnings verbunden, für die ich sehr dankbar bin.

Euer Niels

## **Rechenschaftsbericht Laurenz Frenzel**

Ich habe die Wien-Exkursion organisiert.

# Antrag 00: Das bisschen Haushalt macht sich nicht von allein: Ein Weg zur Konsolidierung

|                          |                |
|--------------------------|----------------|
| <b>Antragsteller*in:</b> | Landesvorstand |
| <b>Status:</b>           | eingereicht    |

Der Kongress möge beschließen:

1 Die sächsische Minderheitsregierung aus CDU und SPD hat sich nach langem Hin und Her  
2 mit den Grünen und Linken auf einen Doppelhaushalt für 2025/2026 verständigt. Klar  
3 ist: Dieser Haushalt ist ein Rückschritt für ganz Sachsen. Es ist ein Weiter-so und  
4 kein notwendiger Aufbruch. Statt auf Investitionen für die Zukunft des Freistaates zu  
5 setzen, werden konsumtive Ausgaben weiter priorisiert.

6 Gerade so wurde die Haushaltskrise mit einem Loch von mehreren Milliarden Euro  
7 abgewendet. Jedoch fehlt jegliche Bereitschaft zu strukturellen Reformen, wodurch  
8 Probleme nur weiter in die Zukunft verschoben werden. Stattdessen wurde als eine  
9 Finanzierungsoption für zukünftige Landesetats eine zusätzliche Kreditaufnahme  
10 verbindlich festgeschrieben.

11 Wir Jungliberale haben nicht den Anspruch, Probleme bequem in die Zukunft zu  
12 verschieben. Wir wollen jetzt radikale strukturelle Reformen anstoßen, damit die  
13 Spielräume für Investitionen in der Zukunft größer werden und Schulden nicht das  
14 Einzige sind, was zukünftige Generationen von der sächsischen Politik vererbt  
15 bekommen.

16

## 17 **Politik spart zuerst bei sich selbst**

18 Wenn die Politik vom Sparen redet, so muss sie bei sich selbst anfangen. Eine  
19 aufgeblasene Verwaltung und veraltete Strukturen sind zwar von der CDU geschaffen,  
20 aber nicht gottgegeben.

21 Daher fordern wir:

22 • die Verkleinerung des Sächsischen Landtags. Hierzu soll die Zahl der  
23 Abgeordneten auf 80 festgesetzt werden. Konkret wollen wir das aktuelle  
24 sächsische Wahlrecht an die grundlegenden Regelungen des durch die Ampel  
25 reformierten Bundeswahlrechts anpassen, womit die Direktkandidierenden der  
26 Zweistimmendeckung unterliegen und somit ausschließlich die Zweitstimme die  
27 Sitzverhältnisse bestimmen würde. Darüber hinaus wollen wir die  
28 Grundmandatsklausel abschaffen.

29 • die Abschaffung von Ministerien. Dies wollen wir durch eine Neustrukturierung  
30 der Landesregierung bzw. Zusammenlegung der Ministerien in folgender Form  
31 erreichen:

32 Das Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft wird abgeschafft und seine  
33 Zuständigkeiten in das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Energie  
34 überführt. Der Aufgabenbereich Verkehr soll in das Ministerium für Infrastruktur und  
35 Landesentwicklung überführt werden. Das Ministerium für Wissenschaft wird abgeschafft  
36 und seine Zuständigkeiten in das Ministerium für Kultus überführt. Das Ministerium  
37 für Kultus und Tourismus wird abgeschafft und der Aufgabenbereich Kultur in das  
38 Ministerium für Kultus und der Aufgabenbereich Tourismus in das Ministerium für  
39 Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Energie überführt. Doppelstrukturen in den  
40 Ministerien sollen konsequent aufgelöst werden. Ebenso setzen wir uns für die  
41 Verankerung einer Höchstgrenze von sieben Staatsministerien in der Verfassung des  
42 Freistaates Sachsen ein.

43 • den Abbau des Personals in der Landesverwaltung. Für die nächsten Jahre soll es

44 einen generellen Einstellungsstopp in der Verwaltung geben, sodass freiwerdende  
45 Stellen grundsätzlich nicht nachbesetzt werden. In Verbindung dazu sollen  
46 aktuelle Stellen radikal gekürzt werden und es soll generell gelten, dass bei  
47 Neuschaffung einer Stelle zwei Stellenäquivalente gestrichen werden sollen.

- 48 • die Reduzierung von Beauftragten. Konkret wollen wir den Sächsischen  
49 Ausländerbeauftragten sowie die Pflicht zur Bestellung von kommunalen  
50 Gleichstellungsbeauftragten abschaffen.
- 51 • die zügellose Verbeamtung zu stoppen. Der Beamtenstatus soll zukünftig  
52 ausschließlich dort eingesetzt werden, wo er aus verfassungsrechtlichen oder  
53 funktionalen Gründen unabdingbar ist, wie etwa in der Polizei, Justiz oder dem  
54 Strafvollzug. In allen anderen Bereichen, insbesondere in der öffentlichen  
55 Verwaltung und im Bildungsbereich, wollen wir die Verbeamtung abschaffen.  
56 Darüber hinaus sprechen wir uns dafür aus, dass die Pensionen nicht mehr exakt  
57 mit der Inflation steigen, sondern nur leicht unter der Inflation erhöht werden  
58 sollen.
- 59 • Aufbau einer einheitlichen IT-Landesplattform statt vieler Insellösungen. Eine  
60 Plattform mit zentraler Koordinierung vermeidet Redundanz und spart Kosten.  
61 Außerdem macht sie Prozesse schneller, günstiger, besser und für Bürger und  
62 Verwaltung einfacher.

63

#### 64 **Prioritäten für Sachsens Zukunft setzen**

65 Wir Jungliberale wollen ein zukunftsfähiges Sachsen ermöglichen, indem wir Sachsen  
66 gezielt für junge Menschen attraktiver gestalten. Hierzu muss aus unserer Sicht im  
67 Haushalt priorisiert werden, indem sich der Staat auf seine Kernaufgaben  
68 konzentriert.

69 Deshalb sehen wir speziell in folgenden Bereichen die Möglichkeit zu kürzen:

- 70 • Subventionen für einzelne Wirtschaftsprojekte. Die sächsische Staatsregierung  
71 gibt aktuell viel Geld für die Lenkung der Wirtschaft aus - sie nennt es  
72 "Wirtschaftsförderung". Wir möchten, dass dieses Geld weder für die  
73 Unterstützung von Lobbygruppen, noch direkt an von der Regierung als gut  
74 befundene Unternehmen ausgeschüttet wird, sondern direkt bei den Unternehmen  
75 bleibt.
- 76 • Jegliche Finanzierung von NGOs zu streichen. Dabei wollen wir insbesondere die  
77 Förderung von Demokratieförderprojekten, welche der Bevölkerung ihr politisches  
78 Weltbild aufoktroieren möchten, abschaffen.
- 79 • Fördersumpf von Petra Köpping. Wir wollen, dass jegliche Förderprogramme im  
80 sozialen Bereich - insbesondere bei den Programmen der Jugendhilfe - streng an  
81 ihren Erfolgen evaluiert werden.

82

#### 83 **Rahmen für solide Finanzen setzen**

84 Neben der Priorisierung im Haushalt braucht es klare einfachgesetzliche und  
85 verfassungsrechtliche Regelungen, welche die Politik selbst an die Zukunftsfähigkeit  
86 ihrer Maßnahmen erinnern und verpflichten.

87 Dafür fordern wir:

- 88 • die Schuldenbremse zu reformieren. Konkret wollen wir keine Aufweichung der  
89 Schuldenbremse, sondern strengere Regeln für die Aufnahme von Krediten im Art.  
90 95 SächsVerf verankern. Es ist uns ebenso wichtig, dass eine möglichst hohe  
91 Tilgung der Altschulden stattfindet.
- 92 • die Bürokratiekostenquote zu etablieren. Wir wollen in sehr regelmäßigen  
93 Abständen die tatsächliche Bürokratiebelastung in Sachsen für Branchen erheben.

- 94 Konkret soll dies die Bürokratiebelastung am Unternehmensumsatz ausdrücken und  
95 diese mittels Quote limitieren.
- 96 • die Zuständigkeiten klarer zu regeln. Die Zuständigkeiten von Bund, Land und  
97 Kommunen sollen eindeutiger getrennt werden, sodass jede Ebene klare Aufgaben  
98 und Finanzspielräume im Sinne einer Reform des Föderalismus bekommt.
- 99 • die Neustrukturierung der Kommunalfinanzierung. Die Unterstützung des Landes von  
100 Kommunen über spezifische Förderprogramme sehen wir als ein Verwaltungsmonster  
101 und ebenso als eine Bevormundung im Hinblick auf die kommunale  
102 Eigenverantwortung. Konkret wollen wir alle Förderprogramme einstellen und  
103 stattdessen sollen das Land und der Bund einen erheblichen Teil der  
104 Gemeinschaftssteuern direkt an Kommunen zurückgeben bzw. bei ihnen belassen  
105 werden, sodass bei diesen mindestens ein zweistelliger Prozentbetrag bei den  
106 Kommunen verbleibt.

## **Begründung**

*erfolgt mündlich*

## Antrag 01: Selbstverteidigung erlauben

|                          |                          |
|--------------------------|--------------------------|
| <b>Antragsteller*in:</b> | Arwed Zill (KV Chemnitz) |
|--------------------------|--------------------------|

|                |             |
|----------------|-------------|
| <b>status:</b> | eingereicht |
|----------------|-------------|

Der Kongress möge beschließen:

- 1 Wir als JuliA Sachsen setzen uns dafür ein, dass Insekten welche in der Lage sind
- 2 Menschen Schmerzen zuzufügen auch getötet werden dürfen.

## Antrag 02: Cyberkrieg gewinnen!

|                          |                          |
|--------------------------|--------------------------|
| <b>Antragsteller*in:</b> | Arvid Stelzner (Leipzig) |
| <b>Status:</b>           | eingereicht              |

Der Kongress möge beschließen:

- 1 Als Putin am 10. Februar 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz die westliche  
2 Hegemonie in Frage stellte und ankündigte, diese durchbrechen zu wollen, machten sich  
3 westliche Politiker weiterhin Illusionen über die Friedensabsichten Russlands.  
4 Weiterhin wurde mit Russland gehandelt, Abhängigkeiten vertieft, während gleichzeitig  
5 militärische Absicherungen abgebaut wurden.
- 6 Das Problem Liberaler weltweit ist und war es schon immer, den Worten von Extremisten  
7 keinen Glauben zu schenken. Doch Extremisten tun, was sie sagen. Denn "(...) die  
8 beste und sicherste Tarnung ist immer noch die blanke und nackte Wahrheit."
- 9 Vor elf Jahren erklärte Russland der Ukraine den Krieg. Und seitdem auch uns.  
10 Cyberattacken, Spionage, Destabilisierung, gezielte Morde, etc. finden auch in  
11 westlichen Staaten statt. Hybride Kriegsführung ist kein Szenario mehr, sondern schon  
12 seit elf Jahren Realität.
- 13 Leider sind die Bundesrepublik und die EU viel zu spät aufgewacht. Leider haben wir  
14 zu lange zugelassen, dass Russland sich in unsere Systeme hackte, unsere Demokratien  
15 destabilisierte, unsere militärische und zivile Infrastruktur ausspionierte.
- 16 Es ist die zentrale Aufgabe des Staates, die Menschen vor Unfreiheit zu schützen.  
17 Diesem Schutz sind wir jahrzehntelang nicht nachgekommen. Russland bedroht unsere  
18 Freiheit.

19

### 20 daher fordern die Julia Sachsen:

21

- 22 • die Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten der Bundesrepublik Deutschland im  
23 Cyberraum
- 24 • Investitionen in fortschrittliche IT-Infrastrukturen bei Behörden und  
25 öffentlichen Einrichtungen, insbesondere bei Krankenhäusern, der Polizei und  
26 Feuerwehr
- 27 • Schaffung einer spezialisierten Organisationseinheit für digitale Krisenfälle
- 28 • Behebung des Mangels an verfügbaren IT-Expertinnen und Experten
- 29 • dazu eine gezielte Anwerbung von Talenten bei Messen, in Hochschulen (weltweit),  
30 durch Förderprogramme, bei Computer Club-Treffen
- 31 • Bündelung der Zuständigkeit im BSI
- 32 • Investition in innovative Technik, sowie schnellere Reaktionsfähigkeiten bei  
33 Angriffen
- 34 • außerdem die Bereitstellung von Cyber Schutz für kleine Unternehmen und  
35 öffentliche Infrastruktur, um einen voll umfassenden Schutz zu ermöglichen, den  
36 sich womöglich die Institutionen und Betriebe nicht leisten könnten

## Begründung

erfolgt mündlich

## Antrag 03: Abschaffung von §6 SächsFSG Abs. 2

|                          |                          |
|--------------------------|--------------------------|
| <b>Antragsteller*in:</b> | Arvid Stelzner (Leipzig) |
| <b>Status:</b>           | eingereicht              |

Der Kongress möge beschließen:

- 1 Die Bundesrepublik ist ein säkularer Staat – niemand darf wegen seiner
- 2 Religionszugehörigkeit benachteiligt werden. Zurecht.
- 3 Säkularität bedeutet aber ebenso, dass der Staat keine Religion bevorzugen darf.
- 4 Auch, wenn Deutschland historisch in einer christlichen Tradition steht, dürfen
- 5 Feiertage mit religiösem Ursprung nicht zur Last einer mehrheitlich säkularen oder
- 6 andersgläubigen Bevölkerung werden.
- 7 In Sachsen etwa dürfen Sportveranstaltungen an christlichen Feiertagen nicht vor 11
- 8 Uhr beginnen, am Karfreitag sind sie sogar komplett untersagt. Damit werden
- 9 Veranstaltungen mit klarem Gemeinschaftsbildendem Charakter unnötig eingeschränkt.
- 10
- 11 **daher fordern wir:**
- 12
- 13 die Abschaffung des §6 SächsFSG Abs. 2

### Begründung

erfolgt mündlich

## Antrag 04: Jeder ist seines Glückes Schmied

|                          |                          |
|--------------------------|--------------------------|
| <b>Antragsteller*in:</b> | Arvid Stelzner (Leipzig) |
| <b>Status:</b>           | eingereicht              |

Der Kongress möge beschließen:

1 Für uns Liberale ist klar, wer bereit ist etwas zu leisten, kann auch etwas in der  
2 Gesellschaft erreichen. Die soziale Herkunft sollte niemals über die Grenzen der  
3 Möglichkeiten entscheiden. Unterschiede zwischen den Potenzialen von Menschen gibt es  
4 von Geburt an. Ein Staat sollte jedoch nicht die Potenziale der Menschen auf einen  
5 gemeinsamen Nenner bringen, sondern jeden maximal fördern, sodass jeder aus dem  
6 Maximum seiner Potenziale schöpfen kann.

7 Bildung entscheidet über Auf- und Abstieg innerhalb einer Gesellschaft. Bildung  
8 entscheidet darüber, wie sich die Wirtschaft eines Landes in Zukunft entwickeln wird.  
9 Bildung ist seit jeher der Schlüssel zur Prosperität und sozialen Spaltung eines  
10 Landes.

11 Dabei ist unsere Gesellschaft so gespalten wie nie zuvor. Nicht nur in der Verteilung  
12 der Vermögen, sondern auch in der Verteilung von Bildung:

13 Kinder aus Akademikerfamilien werden in 80% der Fälle irgendwann selbst Akademiker.  
14 Bei den Kindern aus Arbeiterfamilien sind es nur 27%.

15 Neben gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen und finanziellen Faktoren muss auch  
16 ganz klar der Faktor des Elternhauses genannt werden. Die Erziehung der Eltern  
17 entscheidet über Leistungsbereitschaft und akademische Potenziale eines Kindes. Kommt  
18 ein Kind aus besonders bildungsfernen Schichten, wird das Kind mit einer hohen  
19 Wahrscheinlichkeit dieses soziale Milieu nie verlassen, da es nie lernt, seine  
20 Potenziale zu nutzen und ausreichend gefördert wird.

21 Es muss daher im Bestreben einer liberalen Sozialpolitik liegen, in der  
22 Bildungspolitik neue und radikale Wege zu denken und langfristig zu gehen.

23

### 24 Daher fordern wir:

25

26 1. Die Abschaffung eines Bildungssystems mit separaten Schulformen. Stattdessen  
27 soll ein Gesamtschulkonzept mit Ganztagsbetreuung etabliert werden.

28 2. Dieses Gesamtschulkonzept soll eine Hausaufgabenbetreuung anbieten, um Defizite  
29 im Lernen durch gezieltes Üben zu kompensieren.

30 2. In diesem Gesamtschulkonzept sollen ab der zweiten Klasse Kinder mit  
31 herausragender Begabung gezielt in ihren Talenten gefördert werden, um ihre  
32 Potenziale maximal auszuschöpfen.

33 3. Ab der sechsten Klasse sollen die Kinder nach ihren Leistungsunterschieden  
34 getrennt werden und entweder eine akademische oder eine praktische Ausbildung  
35 bekommen.

36 4. Dadurch sollen Kinder in ihren Potenzialen ausreichend gefördert werden, ohne  
37 dass man die Gesellschaft bereits in der Schule spaltet.

38 2. gezielte Fördermaßnahmen für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern.

39 5. Ab der neunten Klasse sollen alle Kinder die Möglichkeit erhalten, Vertiefungs-,  
40 bzw. Erweiterungskurse zu ihrem ohnehin geltenden Stundenplan zu wählen

41 6. Die momentan bestehenden Abschlüsse (ab der 10. Klasse, bzw. ab der 12 Klasse  
42 mit dem Abitur) sollen bestehen bleiben

- 43 3. Die Schule sollte kostenloses Schulessen auf weiterhin hohem Niveau anbieten. In  
44 diesem Schulessen soll es eine Salatbar und dauerhaft die Möglichkeit auf  
45 vegetarische Ernährung geben.
- 46 4. An jeder Schule soll vor dem Unterricht eine Stunde Sport gemacht werden. Dies  
47 steigert die kognitiven Fähigkeiten der Kinder enorm.
- 48 5. Nach dem Unterricht soll die Schule - in Kooperation mit Vereinen - mehrere  
49 Sportangebote anbieten.
- 50 6. In der Grundschule sollen die Erlernung von Lesen, Schreiben und Rechnen im  
51 Vordergrund stehen. Gleichzeitig sollen kreative Denkweisen gefördert werden.
- 52 7. Frühkindliche Bildung soll eine zentrale Rolle spielen.
- 53 8. Schuluniformen zum Kaschieren von Klassenunterschieden der Kinder. Zudem muss es  
54 eine klare Trennung zwischen dem schulischen und privaten Umfeld geben.
- 55 9. Kontrollierte Anwesenheitspflicht.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## Antrag 06: Freiheit der Lehre – Zugang zu Literatur vereinfachen

|                          |                       |
|--------------------------|-----------------------|
| <b>Antragsteller*in:</b> | Carl Gruner (Dresden) |
| <b>Status:</b>           | eingereicht           |

Der Kongress möge beschließen:

- 1 Ein breites Angebot an möglichst frei verfügbarer Forschungsliteratur ist essentiell
- 2 für das
- 3 Bestehen eines Studiums an Universitäten und Hochschulen. Dementsprechend verfügen
- 4 Universitätsbibliotheken und Hochschulstandorte über Lizenzen, die ihren Studierenden
- 5 diesen Zugang ermöglichen. Dabei gibt es aber teils große Unterschiede beim Umfang
- 6 der
- 7 in den Lizenzen enthaltenen Literatur.
- 8 Für uns sächsische Jungliberale steht fest: die individuellen Leistungen der
- 9 Studierenden
- 10 sollten einen größeren Einfluss auf den Studienerfolg haben, als die
- 11 Rahmenbedingungen
- 12 am jeweiligen Hochschulstandort. Daher setzen wir uns für eine einheitliche
- 13 Literaturlizenz
- 14 an allen öffentlichen Universitäten und Hochschulen Deutschlands beziehungsweise
- 15 deren
- 16 zugeordneten Bibliotheken ein – diese soll sich am Maximum an verfügbarer Literatur
- 17 orientieren. Die Finanzierung soll durch einen gemeinsamen Verbund der
- 18 Bildungseinrichtungen gesichert werden.
- 19 Ziel ist es, nicht nur den Zugang zu Literatur für Studierende zu vereinfachen und zu
- 20 erweitern, sondern durch die gebündelte und einheitliche Finanzierung auch
- 21 Einspareffekte
- 22 bei den Bildungseinrichtungen zu erreichen.

### **Begründung**

*erfolgt mündlich*

## Antrag 07: Deutschland resilient machen. Punkt.

|                          |                       |
|--------------------------|-----------------------|
| <b>Antragsteller*in:</b> | Carl Gruner (Dresden) |
| <b>Status:</b>           | eingereicht           |

Der Kongress möge beschließen:

1 Deutschland und der europäische Bündnisraum sind heute so stark bedroht, wie in den  
2 letzten acht Jahrzehnten nicht mehr. Die liberal geprägte Weltordnung erodiert, die  
3 internationale Gewalt nimmt zu, die Konfliktgefahr steigt mit jedem Tag. Dabei geht  
4 die  
5 drängendste Bedrohung von Russland aus. Längst befinden sich Deutschland und seine  
6 Verbündeten nicht mehr in einem reinen Zustand des Friedens mit der Russischen  
7 Föderation. Sabotageakte und Ausspähversuche an kritischer Infrastruktur und  
8 Sicherheitseinrichtungen, Einfluss- und Desinformationskampagnen zur Destabilisierung  
9 der  
10 deutschen Gesellschaft und ihres demokratischen Konsenses, Mordanschläge und die  
11 Nutzung eines breiten Arsenal hybrider Konfliktführung sind an der Tagesordnung. Die  
12 jüngsten Verletzungen des Luftraums in Osteuropa durch russische Flugzeuge und  
13 Drohnen  
14 zeigen, dass Russland den Konflikt auf eine neue Stufe gehoben hat. Deutschland muss  
15 unmissverständliche Signale senden - bis hierher und nicht weiter. Unser Land darf  
16 sich  
17 nicht länger im Schneckentempo auf den Ernstfall vorbereiten, sondern es muss zügig  
18 resilient werden.

19  
Daher fordern wir einen umfangreichen, gesamtgesellschaftlichen Ansatz, um das Ruder

20  
herumzureißen. Und vor allem eines: Geschwindigkeit.

21

### **Bevölkerungsschutz**

22 Die Bundesregierung soll **Awareness für die Bedrohungslage** in der Bevölkerung  
23 schaffen. Dazu soll sie eine **Informationskampagne** aufsetzen, die Hinweise zur  
24 Vorbereitung sowie zum Verhalten in einem möglichen Spannungs- oder Verteidigungsfall  
25 enthält. Ziel muss es sein jeden Haushalt über digitale und konventionelle Medien zu  
26 erreichen. Als Vorbild kann eine derartige Kampagne der schwedischen Regierung  
27 dienen.

28 Auch im Bereich der **Desinformation** soll eine **Aufklärungskampagne** gestartet werden.  
29 Diese soll an den Schulen sowie an Einrichtungen zur Erwachsenenbildung als fester  
30 Bestandteil etabliert werden.

31

Der deutsche

### **Zivilschutz**

muss kriegstauglich werden. Hierzu gehört eine umfassende

32

Abdeckung mit Sirenen, flächendeckender Empfang von Warnungen über Mobilfunkgeräte

33

und die Prüfung geeigneter Schutzräume in Großstädten sowie die Errichtung neuer

34

Schutzräume wo nötig. Darüber hinaus sollen die Sicherheitsbehörden und

35

Blaulichtorganisationen auf allen föderalen Ebenen stärker vernetzt werden und

36

### **gemeinsame Krisenübungen**

durchführen. Insbesondere die Kommunen müssen zum

37

Zivilschutz befähigt und die Verwaltungen entsprechend geschult werden.

38 Auf allen föderalen Ebenen sollen **Krisenszenarien** zur nationalen Sicherheit und

39 entsprechende **Reaktionspläne** aufgestellt werden. Dabei müssen auch die

40 nicht-staatlichen Bestandteile kritischer Infrastruktur einbezogen werden.

### **Resilienter Rechtsrahmen**

42 Die deutsche Rechtsordnung ist auf Friedenszeiten ausgelegt. Bei der Abwägung

43 zwischen

44 verschiedenen Prioritäten steht die nationale Sicherheit nicht im Fokus. Daher wird

45 eine

46 effektive Vorbereitung auf den Spannungs- oder Verteidigungsfall häufig von langsamen

47 Prozessen, rechtlichen Hürden oder überbordender Bürokratie gebremst, wenn nicht gar

48 verhindert. Daher soll die Bundesregierung derartige Hindernisse zügig identifizieren

49 und

50 auflösen. Darüber hinaus soll ein **besonderer**, schlanker **Rechtsrahmen** geschaffen

51 werden, der bei Ausrufung des Spannungsfalls in Kraft treten würde. In diesem soll

52 die

53 nationale Sicherheit Priorität vor anderen Rechtsgütern erhalten, so dass eine

54 effektive

55 Landes- und Bündnisverteidigung ermöglicht wird.

56 Außerdem soll sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene das Zuständigkeitsregime

57 zur

58 **Drohnenabwehr** überarbeitet werden. Die Bundeswehr muss in die Lage versetzt werden,

59 Drohnen bereits im Umfeld militärischer Sicherheitsbereiche auszuschalten. Auch

60 private

61 Unternehmen sollen rechtlich zur eigenständigen Drohnenabwehr befähigt und im Falle

62 kritischer Infrastruktur auch dazu verpflichtet werden.

63

### **Nachrichtendienste stärken**

64

Im Bereich der Nachrichtendienste spielt Deutschland derzeit eher in der 3.

65

Bundesliga als

66

in der Champions League. Wir leisten uns die am stärksten kontrollierten und

67  
regulierten

68  
Nachrichtendienste der Welt. Dieser Weg ist nicht zukunftsfähig.

69  
Daher fordern wir eine umfassende  
**Deregulierung der Nachrichtendienste**

-

70  
insbesondere in den Bereichen der Auslandsaufklärung und Spionageabwehr. Der

71  
Handlungsbereich der Dienste soll erweitert werden und eine stärkere operative

72  
Tätigkeit

73  
ermöglichen. Als Vorbild für diese Erweiterung sollen Nachrichtendienste in

74  
Demokratien mit

75  
langer Tradition, wie Frankreich oder Großbritannien, dienen.

76 Auch die **Kontroll-Landschaft** der deutschen Nachrichtendienste soll entschieden  
77 **verschlankt** werden. Wir fordern eine Verkleinerung der Vielzahl an Gremien. Abgesehen  
78 von der parlamentarischen Kontrolle und der exekutiven Fachaufsicht sollen alle  
79 weiteren  
80 Kontrollbefugnisse im Unabhängigen Kontrollgremium zusammengefasst werden. Dieses  
81 soll als gerichtsähnliches Gremium bis zu einem gewissen Grad auch die gerichtliche  
82 Kontrolle substituieren. Insgesamt soll jede Form von ex-ante Kontrolle auf ein  
83 Mindestmaß  
84 zurückgefahren werden.

85  
Darüber hinaus sollen die deutschen  
**Nachrichtendienste personell gestärkt**  
und

86  
**technisch aufgerüstet**  
werden. Das gilt insbesondere für die Satellitenaufklärung, um

87  
mögliche Schwankungen in der Hilfsbereitschaft der Vereinigten Staaten von Amerika

88  
auszugleichen.

89 Im europäischen Umfeld soll ein **institutionalisierter Austausch**  
90 nachrichtendienstlicher  
91 Informationen mit Bedeutung für die Landes- und Bündnisverteidigung eingerichtet  
92 werden –  
93 auch unter Einbeziehung Großbritanniens und Norwegens. Auf nationaler Ebene soll der  
94 im  
95 Aufbau befindliche **Nationale Sicherheitsrat** so ausgestaltet werden, dass er eine  
96 Bündelung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und eine effektive Koordination der  
97 Dienste  
98 ermöglicht.

99

### **Rüstungsindustrie stärken**

100

Deutschland braucht dringend militärisches Gerät – vom Rucksack bis zur

101

Panzerhaubitze.

102

Insbesondere vor dem Hintergrund des neuen Wehrdienstes und einer massiven geplanten

103

Steigerung bei der Anzahl von Soldat:innen und Reservist:innen muss das nötige

104

Material

105

zügig beschafft werden. Dazu soll es eine direkte Kooperation zwischen Staat und

106

Rüstungsunternehmen geben, auch unter Aussetzung von Regelungen des

107

Ausschreibungs- und Kartellrechts. Geschwindigkeit und Einsatzfähigkeit müssen

108

absoluten

109

Vorrang haben. Darüber hinaus soll die Industrie finanziell befähigt werden,

110

Reservekapazitäten vorzuhalten, um im Spannungs- beziehungsweise Verteidigungsfall

111

die

112

Produktion zügig skalieren zu können.

113

Auch im Bereich der Forschung und Entwicklung müssen die Kapazitäten hochgefahren

114

werden. Dazu sollen sämtliche Zivilklauseln in der deutschen Hochschullandschaft

115

abgeschafft werden und der Bund als Bereitsteller für Wagniskapital im Defense Start-

116

Up

117

Bereich auftreten.

## **Begründung**

*erfolgt mündlich*

## Antrag 08: Füll' deinen Akku selbst - Überregulierung von Ausgangsstoffen beenden

|                          |  |
|--------------------------|--|
| <b>Antragsteller*in:</b> | Kreisverband JuliA Dresden, Ferdinand Rath (Dresden) |
| <b>Status:</b>           | eingereicht  |

Der Kongress möge beschließen:

- 1 Das Ausgangsstoffgesetz und die EU-Verordnung 2019/1148 reglementieren den Zugang zu
- 2 Grundchemikalien wie Schwefelsäure, Salpetersäure, Wasserstoffperoxid, sowie diversen
- 3 Nitraten und Chloraten, die potenziell für die Herstellung von Explosivstoffen
- 4 genutzt werden
- 5 könnten. Ziel dieser Regelungen ist die Terrorismusbekämpfung durch Einschränkungen
- 6 beim
- 7 Erwerb und der Nutzung bestimmter Chemikalien; sie stellen selbst den Besitz dieser
- 8 Substanzen oberhalb einer für bestimmte Anwendungen notwendigen Konzentration unter
- 9 Strafe. Diese Maßnahmen sind jedoch unverhältnismäßig und schränken Bürgerinnen und
- 10 Bürger sowie Unternehmen massiv in ihrer wirtschaftlichen und wissenschaftlichen
- 11 Freiheit ein,
- 12 ohne dass eine signifikante Bedrohungslage gegeben ist.
- 13 Insbesondere entstehen dadurch weitreichende Beschränkungen für den Erwerb und die
- 14 Nutzung von Chemikalien, die für völlig legitime Zwecke in Industrie, Forschung,
- 15 Landwirtschaft
- 16 und Handwerk benötigt werden. Besonders betroffen sind: Landwirte, die Düngemittel
- 17 nur noch
- 18 unter strengeren Auflagen beziehen können, Chemiker und Ingenieure, die für ihre
- 19 Arbeit mit
- 20 unnötigen bürokratischen Hürden konfrontiert werden, Handwerker und Gewerbetreibende,
- 21 die
- 22 in der Nutzung von Grundchemikalien stark eingeschränkt sind, Autofahrer, die ihre
- 23 Bleiakkus
- 24 nicht mehr selbst auffüllen dürfen.
- 25 Die Verhältnismäßigkeit der bestehenden Regulierung ist angesichts der geringen
- 26 Bedrohungslage nicht gegeben. Eine Politik der Freiheit erfordert eine Abwägung
- 27 zwischen
- 28 Sicherheitsmaßnahmen und den Rechten der Bürger. Die aktuellen Regelungen behindern
- 29 Innovation, wirtschaftliche Entwicklung und Eigenverantwortung, ohne nachweisbaren
- 30 Nutzen
- 31 für die innere Sicherheit.
- 32 Daher fordern wir die Entschlackung des Ausgangsstoffgesetzes sowie der Verordnung
- 33 (EU)
- 34 2019/1148. Der Erwerb und Besitz von Ausgangsstoffen soll für jedermann ermöglicht
- 35 werden.
- 36 Bei der Überschreitung bestimmter Mengen oder dem Auftreten auffälliger Kombinationen
- 37 von
- 38 Ausgangsstoffen soll der Verkäufer verpflichtet sein eine standardisierte Meldung an
- 39 die
- 40 zuständigen Sicherheitsbehörden abzugeben.

### Begründung

*erfolgt mündlich*

## Antrag 09: Anlasslose Speicherung beenden - Fluggastdatengesetz erneuern

|                          |                            |
|--------------------------|----------------------------|
| <b>Antragsteller*in:</b> | Kreisverband JuliA Dresden |
| <b>Status:</b>           | eingereicht                |

Der Kongress möge beschließen:

- 1 Wir Jungliberale fordern eine zeitnahe Veränderung des deutschen
- 2 Fluggastdatengesetzes. Auf europäischer Ebene sollte ich Deutschland für die
- 3 Abschaffung der entsprechenden EU-Richtlinie 2016/681 einsetzen.
- 4 Die EU ist ein Hort der Freiheit und sollte als solche nicht dafür sorgen, dass
- 5 immense Mengen
- 6 von sensiblen Daten über alle Fluggäste gesammelt und über eine halbe Dekade
- 7 gespeichert
- 8 werden.
- 9 Die anlasslose Speicherung von Fluggastdaten muss beendet werden. Nur bei Verdacht
- 10 auf
- 11 schwere Straftaten oder eine grobe Gefährdung des Gemeinwohls sollen Daten
- 12 gespeichert
- 13 oder weiter verarbeitet werden dürfen.

### **Begründung**

*erfolgt mündlich*

## Antrag 10: Freie Fahrt für fairen Wettbewerb: Tank & Rast entflechten, Raststätten öffnen

|                          |  |
|--------------------------|--|
| <b>Antragsteller*in:</b> | Kreisverband JuliA Dresden, Ferdinand Rath (Dresden) |
| <b>Status:</b>           | eingereicht  |

Der Kongress möge beschließen:

- 1 Autobahnraststätten sind Grundversorgung für Millionen, doch integrierte
- 2 Exklusivstrukturen
- 3 (insbesondere die Vergabe fast aller Konzessionen an die Tank & Rast) begrenzen den
- 4 Wettbewerb, treiben Preise und bremsen Innovation. Liberale Politik setzt auf offene
- 5 Märkte
- 6 statt Preisdeckel: Wo mehrere Anbieter je Leistungsbaustein konkurrieren (Tanken,
- 7 Laden,
- 8 Gastronomie, Shop, Sanitär, Hotel), profitieren Verbraucher durch bessere Qualität,
- 9 mehr
- 10 Auswahl und faire Preise; zugleich entstehen Chancen für KMU und regionale Konzepte.
- 11 Der
- 12 Schlüssel ist eine modulare, transparente Vergabe durch die öffentliche Hand mit
- 13 klaren
- 14 Leistungskennzahlen, diskriminierungsfreiem Netzzugang und offenen Daten. Ein
- 15 neutraler
- 16 Standortmanager sichert Sicherheit, Koordination und einheitliche Standards, ohne
- 17 Wettbewerb zu ersticken. So ersetzen wir Abhängigkeit von einzelnen Großstrukturen
- 18 durch
- 19 Vielfalt, Innovation und Verlässlichkeit – auf jeder Raststätte.
- 20 • Deswegen fordert die Jungliberale Aktion Sachsen:
- 21 Zerschlagung/Entflechtung von Tank & Rast: Einleitung einer Sektoruntersuchung
- 22 und – sofern
- 23 Missbrauch/Marktbeherrschung festgestellt wird – strukturelle Maßnahmen bis hin
- 24 zur
- 25 Aufspaltung von Betriebsgesellschaften und zur Veräußerung von
- 26 Standorten/Teilbetrieben;
- 27 keine Verlängerung bestehender Exklusivbündel
- 28 • Sofortiger Vergabestopp für Gesamtpakete: Auslaufende Verträge nicht mehr als
- 29 Bündel
- 30 verlängern; verbindlicher Roadmap-Plan zur modularen Neuausschreibung aller
- 31 Bestandsstandorte.
- 32 • Modulare Vergabe als Regelfall: Separate Teilkonzessionen mindestens für
- 33 Tankstelle, E-
- 34 Ladeinfrastruktur (CPO), Gastronomie, Shop, Sanitär, ggf. Hotel;Kopplungs-
- 35 /Exklusivklauseln
- 36 untersagen.
- 37 • Neutraler Standortmanager: Von der öffentlichen Hand beauftragt, nicht selbst
- 38 Betreiber;
- 39 verantwortlich für Sicherheit, Winterdienst, Rettungswege, Parkraum- und
- 40 Baustellenkoordination sowie einheitliche Hausordnung.
- 41 • Mittelstandsfreundliche Lose & eVergabe: Angemessene Losgrößen, reduzierte
- 42 Eignungshürden, volltransparente digitale Vergabe mit veröffentlichten
- 43 Zuschlagskriterien.
- 44 • KPI-basierte Betreiberverträge: Messbare Standards (Sauberkeit, Öffnungszeiten,

- 45     Barrierefreiheit, Lkw-Service, Lade-/Kraftstoffverfügbarkeit) mit Boni/Mali und  
46     Reviews alle 3  
47     Jahre; Re-Tender bei Zielverfehlung.
- 48     • Diskriminierungsfreier Drittzugang: Gesetzlicher Zugang zu Strom (inkl.  
49     Hochleistung),  
50     Wasser/Abwasser, IT/Parkflächen-Systemen, Dach-/Werbeflächen; standardisierte,  
51     veröffentlichte Entgeltbedingungen und neutrale Schlichtung.
  - 52     • Offene Daten & Preistransparenz: Echtzeit-Preise/Verfügbarkeiten für  
53     Kraftstoffe, Ladepunkte,  
54     Sanitär und Parkplätze über standardisierte Schnittstellen; vor Ort digitale  
55     Preis-  
56     /Leistungsanzeigen.
  - 57     • Wettbewerb bei E-Mobilität: Mehrbetreiber-Prinzip (mind. zwei unabhängige CPO ab  
58     definierter  
59     Ladepunktzahl), Ad-hoc-Kartenzahlung verpflichtend, Roaming ohne  
60     diskriminierende  
61     Aufschläge, Interoperabilität via offenen Standards.
  - 62     • Sanitärleistungen entkoppeln: Separat vergeben; standortweit  
63     anbieterübergreifend einlösbare  
64     Boni; klare Qualitäts- und Barrierefreiheitsvorgaben.
  - 65     • Autohöfe als Konkurrenz stärken: Gleichwertige Beschilderung an Ausfahrten,  
66     vereinfachte  
67     Genehmigungen für Lkw-Parken und Ladeinfrastruktur in Autobahnnähe
  - 68     • Evaluation & Kartellaufsicht: Jährliches Monitoring zu Preisen, Qualität und  
69     Markteintritten;  
70     Folgeinstrumente bis hin zu weiteren strukturellen Maßnahmen, wenn Wettbewerb  
71     ausbleibt.

## **Begründung**

*erfolgt mündlich*

## Antrag 11: Historische Werte statt unnötige Steuern - Antiquitätenhandel entlasten

|                          |  |
|--------------------------|--|
| <b>Antragsteller*in:</b> | Kreisverband JuliA Dresden, Ferdinand Rath (Dresden) |
| <b>Status:</b>           | eingereicht  |

Der Kongress möge beschließen:

1 Kunst und Kultur sind elementare Bestandteile unseres gesellschaftlichen Erbes und  
2 müssen in  
3 einer freien Marktwirtschaft ohne unverhältnismäßige staatliche Eingriffe gehandelt  
4 werden  
5 können. Der Handel mit Antiquitäten unterliegt in Deutschland und der EU der  
6 Einfuhrumsatzsteuer (EUST) mit dem vollen Satz von 19%, ausgenommen hiervon sind  
7 lediglich  
8 Kunstgegenstände und Sammlungsstücke bestimmter sehr eng umgrenzter Kategorien. Diese  
9 Besteuerung stellt einen erheblichen Wettbewerbsnachteil für europäische Museen,  
10 Sammler  
11 und Händler dar, insbesondere im internationalen Vergleich. Während in vielen US-  
12 Bundesstaaten keine oder nur eine relativ niedrige Umsatzbesteuerung besteht, führt  
13 die EUST in  
14 Europa zu höheren Importkosten und verringert somit die Wettbewerbsfähigkeit  
15 europäischer  
16 Marktteilnehmer - gerade bei Antiquitäten, die weder Kunstgegenstand noch  
17 Sammlungsstück  
18 sind. Dies hemmt nicht nur den internationalen Handel, sondern sorgt auch für einen  
19 Abfluss  
20 antiquarischer Gegenstände in andere Märkte (USA, China, Japan).  
21 Zusätzlich erschweren die strengen Kriterien für die Anwendung des ermäßigten  
22 Mehrwertsteuersatzes auf Sammlungsstücke den Handel mit Antiquitäten und machen  
23 Deutschland als Marktstandort unattraktiv. Die derzeitigen Regelungen benachteiligen  
24 viele  
25 Marktteilnehmer und verhindern eine effiziente Förderung des kulturellen Erhalts im  
26 Privatbesitz.

27

Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert daher:

28

1. Eine Anpassung der derzeitigen Regelungen zur ermäßigten Mehrwertsteuer für

29

Kunstgegenstände

30

und Sammlungsstücke, sodass diese auf alle Antiquitäten über 50 Jahre ausgeweitet

31

wird.

32

2. Falls möglich die Umsatzsteuer für Antiquitäten älter als 50 Jahre vollständig

33  
abzuschaffen, um den

34  
europäischen Kunstmarkt zu stärken.

35 3. Deutschland soll sich zudem auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass auch  
36 andere EU-  
37 Staaten eine Abschaffung der Einfuhrumsatzsteuer auf Antiquitäten älter als 50 Jahre  
38 in Erwägung  
39 ziehen. Ziel ist es, den internationalen Kunst und Antiquitätenhandel in Europa  
40 wettbewerbsfähiger zu  
41 machen, den Zugang zu Kulturgütern zu erleichtern und Museen sowie private Sammler zu  
42 entlasten.

## **Begründung**

*erfolgt mündlich*

## Antrag 12: Makerland Sachsen - Schule, die schafft

|                          |  |
|--------------------------|--|
| <b>Antragsteller*in:</b> | Kreisverband JuliA Dresden, Ferdinand Rath (Dresden) |
| <b>Status:</b>           | eingereicht  |

Der Kongress möge beschließen:

1 Kenntnisse in Konstruktion und Fertigung sind die Basis für praktische technische  
2 Innovation.  
3 Dennoch fehlt es in der schulischen Ausbildung oft an praxisnahen Angeboten, die  
4 Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, ihre praktische Kreativität umsetzen  
5 zu  
6 können. Die aktuellen Fächer Werken in der Grundschule sowie Technik/Computer in  
7 Klasse  
8 5 und 6 finden zu früh statt, um die relevanten Kenntnisse praxisgerecht zu  
9 vermitteln und  
10 einzuordnen.

11  
Wir möchten die Kluft zwischen theoretischer und praktischer Bildung schließen und

12  
gleichzeitig das Verständnis für ingenieurwissenschaftliche und technische Berufe

13  
fördern.

14  
Praxisnahe Unterrichtseinheiten stärken nicht nur die motorischen Fähigkeiten der

15  
Schüler,

16  
sondern auch ihr technisches Verständnis und ihre Problemlösungsfähigkeiten. CAD-

17  
gestützte

18  
Konstruktionen und additive Fertigungsverfahren bieten zudem eine zukunftsweisende

19  
Grundlage für viele innovative Berufsfelder und Geschäftsideen.

20  
Gerade in einem Standort mit Industrietradition wie Sachsen ist es essentiell, junge

21  
Generationen frühzeitig an technische Berufe heranzuführen und ihnen eine praxisnahe

22  
Ausbildung zu ermöglichen.

23

Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert daher die stärkere Einbindung handwerklicher,

24

technischer und informatischer Fähigkeiten in den Profilunterricht an Gymnasien und

25

Oberschulen in Sachsen. Generell soll der Profilunterricht in Sachsen ausgeweitet

26

werden.

27

Ziel dieses Fokus im Profilunterricht ist es, Schülerinnen und Schülern frühzeitig

28

grundlegende

29

handwerkliche und technische Fähigkeiten zu vermitteln, ein breiteres Verständnis für

30

moderne Fertigungsverfahren zu schaffen, sowie diese theoretisch zu unterfüttern.

31

Der Profilunterricht soll je nach Möglichkeit der Schulen aus folgenden Inhalten

32

zusammengestellt werden:

33

1. Grundlegende Fertigungstechniken: Vermittlung praktischer Kenntnisse in allen gängigen

34

zerspanenden Verfahren (u.a. Sägen, Fräsen, Drehen, Hobeln, Schleifen

35

verschiedener

36

Werkstoffe), sowie Urformen (Gießen) und Fügen (Schweißen, Löten, Kleben), um

37

ein

38

grundlegendes Verständnis für die Materialbearbeitung zu schaffen.

39

40

2. Praktischer Umgang und vor allem Sicherheitsaspekte bei gängigen Maschinen

41

(insbesondere auch solche, die im Privatbereich ein erhöhtes Gefahrenpotential

42

bergen -

43

Sägen verschiedener Typen inkl. Stich-, Handkreis-, Tischkreissäge,

44

Trennschleifer,

45

Kettensäge)

46

47

3. Konstruktion mittels CAD-Software: Einführung und Nutzung computergestützter

Konstruktionsprogramme, um Schülern den digitalen Designprozess nahezubringen

48

49

4. Additive Fertigungsverfahren: Anwendung von 3D-Drucktechnologien zur

50

Herstellung eigener Konstruktionen, um moderne Fertigungsverfahren

51

kennenzulernen.

52

53

5. Interdisziplinäre Verknüpfung: Verbindung der vermittelten Inhalte mit

54

naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern, um den praktischen

55

Nutzen zu verdeutlichen - Einführung in Werkstoffeigenschaften sowie

56

Statik.

57

6. Förderung von Kreativität und Problemlösungskompetenz: Entwicklung eigener

58

Projekte,

- 57 um Innovationsfähigkeit und kritisches Denken zu stärken.
- 58 7. Die Unterrichtung der Schüler soll in Zusammenarbeit mit
- 59 regionalen Betrieben erfolgen.

## **Begründung**

*erfolgt mündlich*

## Antrag 13: Qualität vor Symbolpolitik: Deutschlandticket wirtschaftlich bepreisen

|                          |  |
|--------------------------|--|
| <b>Antragsteller*in:</b> | Kreisverband JuliA Dresden, Ferdinand Rath (Dresden) |
| <b>Status:</b>           | eingereicht  |

Der Kongress möge beschließen:

1 Das Deutschlandticket ist ein wichtiger Modernisierungsschritt, doch ein politisch  
2 festgelegter, zu niedriger Einheitspreis erzeugt strukturelle Finanzierungslücken,  
3 die  
4 unmittelbar das Angebot gefährden. Besonders sichtbar wird dies in Dresden: Die DVB  
5 geraten durch die Haushaltslage der Stadt und einen Flaschenhals in der Verrechnung  
6 des  
7 Deutschlandtickets unter Druck; ein Preisniveau um 58 € pro Abo ist zu niedrig, die  
8 erhoffte  
9 Dynamik der Fahrgastzahlen reicht nicht aus, um die Lücke zu schließen. Das Resultat  
10 sind  
11 Sparzwänge, die Takt, Angebot und Investitionen treffen – genau die Faktoren, die den  
12 ÖPNV in einer Stadt mit traditionell gutem Netz attraktiv machen. Als liberale  
13 Jugendorganisation wollen wir Qualität sichern statt Symbole subventionieren:  
14 ehrliche  
15 Preise, verlässliche Finanzierung und zielgenaue soziale Entlastung sind die  
16 Grundlage für  
17 einen starken Nahverkehr.  
18 Kostenwahrheit ist dabei kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung für planbare  
19 Angebote,  
20 moderne Flotten und Barrierefreiheit. Ein dauerhaft unterdeckter Einheitspreis führt  
21 zu  
22 Fehlanreizen und Investitionsverzicht; ein kostennahes, transparent indexiertes  
23 Ticket stabilisiert  
24 dagegen den Betrieb und eröffnet Spielräume für Angebotsausbau. Soziale Anliegen  
25 gehören in  
26 die Steuerpolitik, nicht in die Preisschraube des Tickets: Wer Unterstützung braucht,  
27 soll sie  
28 gezielt bekommen – ohne dass der ÖPNV insgesamt ausblutet. Auch der Alltagsvergleich  
29 spricht für einen realistischen Ticketpreis: Ein in Deutschland durchschnittlich 13  
30 000 km/Jahr  
31 bewegter Pkw kostet rund 270 € im Monat. Vor diesem Hintergrund ist ein  
32 Deutschlandticket von  
33 mindestens 69 € gesellschaftlich zumutbar, volkswirtschaftlich vernünftig und der  
34 beste Hebel,  
35 um guten ÖPNV zu erhalten und auszubauen.

36  
Ebenso wichtig sind effiziente Strukturen und Digitalisierung: Mehrjährige

37  
Finanzierungszusagen, klare Leistungs- und Qualitätsverträge mit Bonus/Malus,

38  
wettbewerbliche Vergaben sowie offene, digitale Vertriebswege (Be-in/Be-out, modulare

39

Zusatzpakete, Off-Peak-Tarife) erhöhen Einnahmestabilität und Kundennutzen, ohne

40

sozial zu

41

überfordern. Kommunale Steuerungsinstrumente wie kostendeckendes Parkraummanagement

42

können sinnvoll flankieren, wenn die Erlöse sichtbar in Qualität, Takt und

43

Infrastruktur des ÖPNV

44

zurückfließen. Transparenz über Kosten, Zuschüsse und Leistungen schafft Vertrauen –

45

und

46

macht sichtbar, dass jeder Euro in Angebot, Verlässlichkeit und Modernisierung

47

ankommt.

48 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert daher:

49 1. Kostendeckende Preisbasis einführen:

50 Das Deutschlandticket binnen 12 Monaten auf mindestens 69 € anheben und  
51 anschließend automatisch indexieren (ÖPNV-Kostenindex: Personal, Energie,  
52 Instandhaltung). Ziel: ein stabiler Kostendeckungsgrad und Investitionsfähigkeit  
53 der  
54 Verbünde.

55 2. Finanzierungsverantwortung ordnen:

56 Bund/Länder: Mehrjährige, dynamisierte Regionalisierungsmittel; klare Zusagen  
57 statt  
58 Ad-hoc-Rettungen. Sozialrabatte aus Steuern finanzieren (z. B. über Bürgergeld,  
59 BAföG,  
60 Schwerbehinderten-Ermäßigungen), nicht durch einen künstlich zu niedrigen  
61 Ticketpreis.

62 3. Regionale Aufschläge & Module erlauben:

63 Verkehrsverbänden die Möglichkeit geben, transparente regionale Module (z. B.  
64 +5-10  
65 € für dichte Netze) aufzuschlagen. So wird ein starker Stadt-/Umland-ÖPNV nicht  
66 ausgebremst; das Basisticket bleibt bundesweit gültig. Das Preisniveau soll  
67 dabei vom  
68 Wohnort abhängen.

69 4. Qualitäts- und Leistungsstandards festschreiben:

70 Verbindliche Service-KPIs (Takt, Pünktlichkeit, Sauberkeit, Barrierefreiheit)  
71 mit  
72 Bonus/Malus in den Verkehrsverträgen. Öffentliches Qualitätsdashboard je  
73 Verbund.

74 5. Wettbewerb & Effizienz stärken:

- 75 Vergaben nach EU-Recht konsequent wettbewerblich - Inhouse-Vergaben soweit wie  
76 möglich vermeiden; Entflechtung von Infrastruktur und Betrieb auch bei anderen  
77 Verkehrsträgern als der Bahn. Best-Price-/Best-Value-Prinzip statt reiner  
78 Preisfixierung.
- 79 6. Digitalisierung forcieren: Be-in/Be-out als Standardoption, offene  
80 Schnittstellen & Open Data für Drittanbieter, einfache API-Abrechnung für  
81 neue Mobilitätsdienste (Maas). Papierlösungen bleiben barrierefrei verfügbar.
- 82 7. Angebot priorisieren - Investitionen sichern: Vorrang für Taktverdichtungen,  
83 Busbeschleunigung (Busspuren, Vorrangschaltung), barrierefreie Haltestellen und  
84 Fahrzeugflotten-Modernisierung. Betriebsmittel (OPEX) planbar absichern, CAPEX-  
85 Programme mehrjährig festschreiben.
- 86 8. Zielgenaue Entlastung statt Gießkanne: Sozialticket (z. B. 29 €) bundesweit  
87 harmonisieren und finanziell hinterlegen; Azubi/Schüler-Mobilitätsbudgets als  
88 Geldleistung statt Sachleistung erproben. Arbeitgeber-Zuschüsse steuerlich  
89 weiter begünstigen.
- 90 9. Transparenz & Kassensturz: Jährliche ÖPNV-Rechnungslegung je Verbund (Erlöse,  
91 Zuschüsse, Kostendeckung, Investitionsbedarf), öffentlich zugänglich.  
92 Kennzahlenvergleich (Benchmarking) zwischen Verbänden.

## **Begründung**

*erfolgt mündlich*

## Antrag 14: Statt Gras in den Ohren - lieber Solar!

|                          |                            |
|--------------------------|----------------------------|
| <b>Antragsteller*in:</b> | Kreisverband Julia Dresden |
| <b>Status:</b>           | eingereicht                |

Der Kongress möge beschließen:

- 1 Wir setzen uns dafür ein, dass Freiflächen innerhalb von Autobahnauf- und -abfahrten
- 2 („Ohren“) sowie weitere bundeseigene Flächen entlang von Autobahnen - beispielsweise
- 3 Mittelstreifen - verstärkt für die Gewinnung erneuerbarer Energien zur Verfügung
- 4 gestellt
- 5 werden.

### **Begründung**

*erfolgt mündlich*

# Antrag 15: Soziale Gerechtigkeit kennt kein Alter – Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres für Rentner:innen

|                          |                            |
|--------------------------|----------------------------|
| <b>Antragsteller*in:</b> | Kreisverband Julia Dresden |
| <b>status:</b>           | eingereicht                |

Der Kongress möge beschließen:

- 1 Die Jungliberale Aktion Sachsen fordert die Einführung eines unbezahlten,
- 2 verpflichtenden Gesellschaftsjahres für alle Bürgerinnen und Bürger unmittelbar vor
- 3 Eintritt in die Rente - genau dann, wenn das immer wieder geforderte sozialen
- 4 Pflichtjahr für junge Menschen kommt. Damit wollen wir eine Gleichbehandlung
- 5 bezüglich des Alters sicherstellen, falls der Staat schon eine solche Zwangsmaßnahme,
- 6 die einen Eingriff in die Berufsfreiheit darstellt, ergreift.
- 7 Dieses "Vorbereitungsjahr Rente" soll verpflichtend in Pflegeeinrichtungen,
- 8 Altenheimen oder Reha-
- 9 Kliniken abgeleistet werden - bevorzugt am eigenen künftigen Pflegebett.
- 10 Ziele sind:
- 11 - Entlastung des Sozialstaats durch Einsparungen beim Pflegepersonal.
- 12 - Frühzeitige Eingewöhnung in das Rentenleben durch immersive Simulation.
- 13 - Förderung intergenerationeller Solidarität durch eigenhändige Versorgung der
- 14 heutigen Rentnergeneration.
- 15 Als Namen schlagen wir vor:
- 16 - Care-Dienst gegen Unterversorgung (kurz CDU)
- 17 - Senior:innenpflichtdienst für die Demographie (kurz SPD)
- 18 OPTION: Zudem ist ein zweites Jahr für alle ehemaligen Bundestagsabgeordneten,
- 19 Minister:innen und Berufspolitiker:innen einzuführen, die das Gesellschaftsjahr für
- 20 junge
- 21 Menschen besonders lautstark gefordert haben. Dieses wird in verstaubten
- 22 Bürgerämtern, bei lauten Musikfestivals oder in heruntergekommenen Schulen
- 23 abgeleistet.

## **Begründung**

*erfolgt mündlich*